



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 5

Mai 1972

INHALT

Seite

Neues aus der ITF

ITF bekundet Beileid mit Hinterbliebenen der Passagiere und Besatzung der "Royston Grange"	66
ITF-Gewerkschaften empfehlen Interims-Vereinbarungen betreffend die Trawler-Fischerei in isländischen Gewässern	66
Spanien: Protestkundgebungen -- Arbeiterführer verhaftet	67

Transport und Verkehr

Ceylon tritt IMCO bei	67
Grossbritannien: Regierung stellt £1 Million zur Bekämpfung von Flugzeugentführungen bereit	67
USA: Senat genehmigt finanzielle Hilfe für Massentransportmittel	68

Gewerkschaften

Bangladesch: Zentraler Gewerkschaftsausschuss gebildet	68
Grossbritannien: Weitere arbeitsgerichtliche Massnahmen gegen Transportarbeiterverband -- landesweiter Hafenstreik angedroht	68
Gewerkschaftstag der britischen Seeleute	69
Israel: Mustertarifvertrag unterzeichnet	70
IAO protestiert bei portugiesischer Regierung wegen Verhaftung eines Gewerkschaftsführers	70
Schweden: Gewerkschaften protestieren gegen Einschränkung des Streikrechts	71
USA: Ausschuss der Landarbeiter gewinnt AFL-CIO - Status	71

Aus der Welt der Arbeit

Australien: Neuer Tarif- und Beschäftigungssicherheitsvertrag für Hafentarbeiter	71/72
Belgien: Neuer Tarifvertrag für Antwerpener Hafentarbeiter	73
Höhere Leistungsprämien für belgisches Autobuspersonal	73
Kanada: Quebec -- Gewerkschaftsführer im Anschluss an Streik des Personals der öffentlichen Dienste verhaftet	73
Grossbritannien: Arbeitskonflikt der Eisenbahner dauert an -- Kein Ende in Sicht	74
Bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für britische Strassen-transportarbeiter	74
Arbeitsniederlegung des Bodenpersonals im Londoner Flughafen Heathrow vermieden	75
Israel: Seeleutestreik abgesagt	75

bitte wenden!

INHALT (Fortsetzung)

Seite

Japan: Seeleutestreik dauert an -- Landesweite Arbeitsniederlegung der Eisenbahner	75
Niederlande: Neuer Tarifvertrag für Hafenarbeiter	76
USA: Staatliche Lohnbehörde reduziert Erhöhung für Hafenarbeiter der Ostküste	77
<u>KURZMELDUNGEN</u>	77/78
<u>PERSONALIEN</u>	78/79
<u>BEVORSTEHENDE TAGUNGEN</u>	79

Anhang

Sitzung des ITF-Vorstandes vom 3.-5. Mai 1972 in Valetta

NEUES AUS DER ITF

ITF bekundet Beileid mit Hinterbliebenen der Passagiere und Besatzung der "Royston Grange"

Am 11. Mai erfolgte in der Rio Plata-Mündung ein Zusammenstoß zwischen dem britischen Frachtschiff "Royston Grange" und dem libanesischen Tanker "Tien Chee". Das britische Schiff sank, und die an Bord befindlichen 74 Passagiere und Besatzungsmitglieder sowie 8 Besatzungsmitglieder der "Tien Chee" ertranken. Sobald die ITF von diesem Unglück erfuhr, entsandte sie folgendes Telegramm an den Britischen Seeleuteverband (NUS), den Britischen Funkoffiziersverband (REOU) und die Britische Vereinigung der Offiziere in der Handelsmarine und Zivilluftfahrt (MNAOA) (Mitglieder aller drei Organisationen fanden bei diesem Unglück den Tod):

"Im Namen der Seeleute-Gewerkschaften in aller Welt gibt die ITF ihrem Bedauern über dieses entsetzliche Schiffsunglück Ausdruck. Wir bitten Euch, allen Hinterbliebenen unser aufrichtigstes Beileid auszusprechen."

INTERNATIONALES

ITF-Gewerkschaften empfehlen Interims-Vereinbarungen betreffend die Trawler-Fischerei in isländischen Gewässern

Anfang d.M. nahm der Generalsekretär der ITF in Reykjavik an einer Sitzung von Vertretern der isländischen, britischen und deutschen Fischer teil, auf der die Auswirkungen der geplanten Ausdehnung der isländischen Fischereigrenzen zur Diskussion standen. Anwesend waren: J. Sigurdsson, P. Sigurdsson und P. Sigurdsson (Isländische Gewerkschaft der Seeleute und Fischer), Jack Jones und Dave Shenton (Britischer Transportarbeiterverband) und Fritz Annerl (OeTV, Deutschland). Die genannten Kollegen waren sich darüber einig, dass Sondermassnahmen ergriffen werden sollten, um eine gewerkschaftliche Konfrontierung zu vermeiden, wenn Island am 1. September d.J. seine Fischereigrenzen auf 50 Meilen erweitert.

Am Ende der Sitzung wurde eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der darauf gedrungen wurde, dass Interimsvereinbarungen getroffen werden sollten, die es britischen und westdeutschen Trawlern gestatten, innerhalb der neuen 50-Meilen-Grenze zu fischen. Ferner wurde beschlossen, dass die an der Sitzung beteiligten Gewerkschaften die zuständigen Regierungsinstanzen ihrer Länder mit Nachdruck auffor-

dem sollten, sich für die baldmöglichste Einberufung einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern der zuständigen Fischergewerkschaften, der Fischerei-Arbeitgeber, der zuständigen Regierungsinstanzen und geeigneter wissenschaftlicher und sonstiger Experten der drei genannten Länder einzusetzen, um Empfehlungen inbezug auf etwaige ab 1. September 1972 geltende Interimsregelungen zu machen.

SPANIEN

Protestkundgebungen -- Arbeiterführer verhaftet

Kurz nach dem Streik der Werftarbeiter von El Ferrol, bei dem zwei Arbeiter tödlich verletzt wurden, kam es in Madrid am 24. April zu einem weiteren Proteststreik, an dem etwa 5000 Bauarbeiter beteiligt waren. Einige Tage zuvor waren führende Sprecher der Bauarbeiter verhaftet worden. Am 1. Mai erfolgten in vielen Städten des Landes erneute Protestkundgebungen und Streiks.

Die 25 während des El Ferrol-Streiks verhafteten Arbeiter sind der Aufwieglerei und anderer politischer Verbrechen (z.B. illegale Propaganda, illegaler Zusammenschluss und Störung der öffentlichen Ruhe) beschuldigt worden. Die der Aufwieglerei beschuldigten Arbeiter werden vor ein Militärgericht gebracht werden.

TRANSPORT und VERKEHR

CEYLON

Ceylon tritt IMCO bei

Die Regierung von Ceylon hat ihre Beitrittsurkunde zur Zwischenstaatlichen Beratenden Organisation für Seeschifffahrt (IMCO) hinterlegt und ist somit der 75. Mitgliedsstaat der IMCO.

GROSSBRITANNIEN

Regierung stellt £ 1 Million zur Bekämpfung von Flugzeugentführungen bereit

Die britische Regierung hat bekanntgegeben, dass sie einen jährlichen Beitrag von £1 Million leisten wird, um Flugzeuge vor Entführungsanschlägen zu schützen. Diese Regierungssubvention ist als ein Beitrag zu den Kosten der Kontrolle von Fluggästen und Fluggepäck gedacht, die von britischen und ausländischen Luftfahrtsgesellschaften in allen internationalen britischen Flughäfen erfolgt. Die Gesamtkosten dieser Kontrolle belaufen sich auf £ 3 Millionen pro Jahr. Die Luftfahrtsgesellschaften selbst werden die restlichen £ 2 Millionen decken.

U. S. A.

Senat genehmigt finanzielle Hilfe für Massentransportmittel

Der amerikanische Senat hat eine Gesetzesvorlage verabschiedet, die es der Federalregierung erstmalig gestatten wird, während der nächsten zwei Jahre Subventionen bis zu insgesamt \$ 800 Millionen an private und verstaatlichte Massentransportunternehmen zu leisten. Diese Subventionen werden in erster Linie der Deckung von Betriebsdefiziten dienen.

Kollege Matthew Guinan, Präsident des der ITF angeschlossenen Amerikanischen Transportarbeiterverbandes (TWU), begrüßte die Verabschiedung dieses Gesetzes, da er seit Jahren die Ansicht vertritt, dass die Massentransport- und -verkehrsmittel ohne staatliche Subventionen nicht länger existenzfähig sind. Die Gesetzesvorlage wird nunmehr der Abgeordnetenkammer (House of Representatives) unterbreitet werden.

GEWERKSCHAFTEN

BANGLADESH

Zentraler Gewerkschaftsausschuss gebildet

Vorigen Monat erfolgte in Bangladesh die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses von Vertretern aller Gewerkschaften des Landes. Dieser Ausschuss wird voraussichtlich Empfehlungen in bezug auf die Formulierung einer Sozialpolitik machen, die mit den erklärten Zielen der Regierung (Förderung einer sozialistischen Wirtschaftsstruktur, Arbeitnehmer-Mitbestimmung in verstaatlichten Industrien und Behandlung ausstehender Forderungen der Arbeitnehmer bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse) vereinbar ist.

GROSSBRITANNIEN

Weitere arbeitsgerichtliche Massnahmen gegen Transportarbeiterverband
-- landesweiter Hafenstreik angedroht

Nach Rücksprache mit dem Britischen Gewerkschaftsbund hat die der ITF angeschlossene Britische Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) den bitteren Beschluss gefasst, die ihr vom Staatlichen Arbeitsgericht wegen Nichtbefolgung einer gerichtlichen Verfügung auferlegten Geldstrafen in Höhe von insgesamt £55.000 zu zahlen. Auf Anordnung des Gerichts hat die Gewerkschaft ferner ihre im Hafen von Liverpool und in anderen Häfen des Landes beschäftigten Mitglieder aufgefordert, den Boykott von Lastwagen einzustellen, die gemischte Container befördern, welche ausserhalb des Hafens gepackt worden sind bzw. ausgepackt werden sollen.

Die Rechtsanwälte des Britischen Transportarbeiterverbandes erklärten vor Gericht, dass die Gewerkschaft Schritte unternommen habe und weiterhin Schritte unternehmen werde, um die Hafentarbeiter zur Aufhebung des genannten Boykotts zu bewegen, sie könne jedoch nicht garantieren, dass diese Arbeiter ihrer Aufforderung Folge leisten werden. Zu dem gerichtlichen Urteil, dass Vertrauensleute, die den Anweisungen der Gewerkschaft nicht Folge leisten, ihres Amtes enthoben werden sollten, erklärte die Gewerkschaft, dass ein solcher Schritt nur zur weiteren Verschlechterung der Sozialbeziehungen in der Hafenvirtschaft beitragen könne.

Inzwischen wurden erneute Unterredungen zwischen den Organisationen der Hafentarbeitgeber, Vertretern des Strassentransports und anderer interessierter Kreise in die Wege geleitet, um zu einer befriedigenden Lösung des Container-Konfliktes zu gelangen. Alle diese Versuche liefen jedoch erfolglos aus. Abgesehen vom Arbeitskonflikt über das Packen und Entpacken von Containern stehen jedoch noch weitere Forderungen der Hafentarbeiter zur Diskussion, darunter ein Antrag auf die Gewährung von 4 Wochen bezahltem Urlaub pro Jahr und eine wesentliche Erhöhung der Garantielöhne. Die Gewerkschaften haben alle ihre jetzigen Kollektivverträge auf 28 Tage gekündigt und gedroht, einen landesweiten Hafenstreik auszurufen, falls vor Ablauf dieser Frist keine befriedigenden Angebote gemacht werden.

Gewerkschaftstag der britischen Seeleute

Anfang d.M. stimmten die Delegierten zum Gewerkschaftstag des der ITF angeschlossenen Britischen Seeleuteverbandes (NUS) für die Annahme eines vom Britischen Reederverband gemachten Angebotes auf Erhöhung der Heuern um 10.6% mit Wirkung vom 2. Juli d.J. Dies entspricht einer Erhöhung der Grundheuer eines Vollmatrosen um £2,03 pro Woche. Der Ueberstundentarif erhöht sich um 5½p. auf 55½p. (Das bedeutet, dass ein auf einem Ueberseeschiff beschäftigter Vollmatrose mit 5 Jahren Seedienstzeit eine wöchentliche Grundheuer von £21,98 erhält.) Die Heuern der übrigen Dienstgrade wurden in gleichem Masse erhöht. Der Gewerkschaftstag empfahl ferner, dass sich der Verband nächstes Jahr für die Zahlung einer Grundheuer von £25 für eine 40-Stundenwoche einsetzen solle.

Ferner bekräftigte die Konferenz den Beschluss des Verbandes, sich unter der neuen britischen Arbeitsgesetzgebung als Gewerkschaft eintragen zu lassen. Hierzu erklärte der Generalsekretär Bill Hogarth, "die Gewerkschaft müsste wählen zwischen einerseits Registrierung und obligatorischer gewerkschaftlicher Organisation der Schiffsbesatzungen und - andererseits - der unvermeidlichen Schwächung und Verstümmelung der Gewerkschaftsbewegung der Seeleute."

"Einigen Reedern wäre es lieber gewesen, wenn die NUS nicht registriert hätte. Sie wären dann in der Lage gewesen, jede x-beliebige Person anzuheuern, ganz gleich welcher Staatsangehörigkeit, und niedrige Heuern an Seeleute zu zahlen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind."

Ferner beauftragte der Gewerkschaftstag die Exekutive der NUS, sich der Aufnahme einer Klausel in Heuerverträge zu widersetzen,

die es dem Arbeitgeber gestatten würde, etwaige wegen Verletzung des Heuervertrages auferlegte "Geldstrafen" von der Heuer abzuziehen. Es wurde beschlossen, alle Mitglieder der Gewerkschaft aufzufordern, keine Verträge zu unterzeichnen, die eine solche Klausel enthalten. (Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 12/1971.)

ISRAEL

Mustertarifvertrag unterzeichnet

Der israelische Gewerkschaftsbund Histadrut hat vor kurzem einen 2 Jahre geltenden Tarifvertrag unterzeichnet, der als Muster für Tarifregelungen in den verschiedenen Industrien und Beschäftigungszweigen des Landes dienen soll. Der Vertrag sieht eine steuerfreie Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8% als Entschädigung für den voraussichtlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten vor. Ein weiterer wichtiger Erfolg besteht in der Festlegung eines Mindestlohnes von IL 425 pro Monat bzw. IL 17 pro Tag, der in zwei Stadien vor Ende 1973 eingeführt werden soll. Ferner wurden die Gewerkschaften bevollmächtigt, in den Jahren 1972/1973 Forderungen auf eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6% zu stellen.

PORTUGAL

IAO protestiert bei portugiesischer Regierung wegen Verhaftung eines Gewerkschaftsführers

Auf seiner letzten Sitzung nahm der IAO-Verwaltungsrat zur Beschwerde des IBFG über die Verhaftung des portugiesischen Gewerkschaftsführers Daniel Cabrita Stellung. Wie bereits berichtet, (in Nr. 2 der ITF-Nachrichten), wurde Cabrita, ein Leiter der Lissabonner Ortsgruppe der Gewerkschaft Banken, verhaftet, nachdem er in einem Beschwerdeschreiben an die IAO erklärt hatte, dass die portugiesische Arbeitnehmerdelegation zu einer früheren IAO-Tagung nicht repräsentativ gewesen sei. Die IAO hat die Beschwerde des IBFG als berechtigt bezeichnet und die portugiesische Regierung darauf verwiesen, dass die Ergreifung von Repressalien gegen Gewerkschafter, die gegen die Zusammensetzung der Arbeitnehmerdelegation zu einer nationalen oder internationalen Konferenz protestieren, eine Verletzung der grundlegenden Gewerkschaftsrechte darstelle. Ferner rügte die IAO die portugiesische Regierung dafür, dass sie Cabrita keine Möglichkeit geboten habe, einen Anwalt zu sehen, während er 76 Tage in Einzelhaft gehalten wurde. Ausserdem sei es nicht mit den Grundsätzen der Vereinigungsfreiheit vereinbar, dass Gewerkschaftsführer durch Verwaltungsbeschluss ihrer Ämter enthoben und durch kommissarische Leitungen ersetzt werden, wie dies in mehreren Fällen in Portugal geschehen sei.

SCHWEDEN

Gewerkschaften protestieren gegen Einschränkung des Streikrechts

Die schwedischen Gewerkschaften der Arbeitnehmer der öffentlichen Dienste haben erneut gegen eine Gesetzesvorlage betreffend das Streikrecht im öffentlichen Sektor Einspruch erhoben. Gemäss dem geplanten Gesetz können Streikmassnahmen oder Aussperrungen nur nach Ablauf des vollen Schlichtungsverfahrens unternommen werden und nur wenn der Schlichter erklärt hat, dass die Verhandlungen auf dem toten Punkt angelangt sind. Ferner würde bei Arbeitsniederlegungen eine Kündigungsfrist zwischen 7 und 14 Tagen einzuhalten sein. Insbesondere aber sind die Gewerkschaften verärgert über die lange Liste der Beschäftigungsbereiche und Dienste (rund die Hälfte der öffentlichen Dienste, mit etwa 200.000 Arbeitnehmern), in denen Streikmassnahmen im Interesse der Öffentlichkeit überhaupt vermieden werden sollen.

USA

Ausschuss der Landarbeiter gewinnt AFL-CIO - Status

Dem für die gewerkschaftliche Organisierung der amerikanischen Landarbeiter zuständigen Ausschuss, der vor einigen Jahren einen äusserst erfolgreichen Boykott gegen kalifornische Tafeltrauben durchführte, ist vom amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL-CIO voller Gewerkschaftsstatus zugesprochen worden. Der Ausschuss wird künftig den Namen United Farm Workers' Union (UFWU) tragen.

AUS DER WELT DER ARBEIT

AUSTRALIEN

Neuer Tarif- und Beschäftigungssicherheitsvertrag für Hafearbeiter

Die Mitglieder des der ITF angeschlossenen Australischen Hafearbeiterverbandes (WWFA) haben mit überwiegender Mehrheit für die Annahme eines neuen Tarif- und Beschäftigungssicherheitsvertrages gestimmt, der am 6. Mai dieses Jahres in Kraft trat und für zwei Jahre gilt. Die wichtigsten Einzelheiten sind wie folgt:

Entlassungen dürfen nur mit freiwilliger Zustimmung der Arbeitnehmer erfolgen, ausser wenn in einem bestimmten Hafen der Umschlag ganz eingestellt wird und einige oder alle der dort beschäftigten Arbeiter sich weigern, nach einem anderen Hafen versetzt zu werden. Hafentarbeiter, die sich um Versetzung nach dem naheliegendsten geeigneten Hafen bewerben, erhalten vom Arbeitgeber die Reisekosten für sich und ihre Familie sowie die Umzugskosten. Tritt ein Hafentarbeiter freiwillig aus dem Beruf aus, erhält er folgende Entschädigung:

(a) bis zum 30. Dezember 1972 --
2 Wochen Kündigung oder Lohn plus 1/2 Wochen Lohn für jedes Dienstjahr bis zu maximal 25 Wochen, plus eine Pauschalzahlung in Höhe von A\$ 500 bis A\$ 2.500, je nach dem Alter des betreffenden Arbeitnehmers;

(b) nach dem 30. Dezember 1972 --
für Hafentarbeiter im Alter zwischen 60 und 64 Jahren:
9 Monate Kündigung oder 3 Wochen Lohn, plus weitere 3 Wochen Lohn für jedes Dienstjahr bis zu maximal der Hälfte der Zeitspanne zwischen dem Zeitpunkt seines freiwilligen Ausscheidens aus dem Beruf und seinem 65. Geburtstag;

für Hafentarbeiter zwischen 50 und 60 Jahren:
3 Wochen plus 2 Wochen für jedes Dienstjahr bis zu einer Höchstgrenze von maximal 42 Wochen im Alter von 50 Jahren und maximal 60 Wochen im Alter von 59 Jahren;

für Arbeitnehmer unter 50 Jahren:
3 Wochen plus 2 Wochen für jedes Dienstjahr bis zu maximal 35 Wochen.

Löhne: Die Löhne der festangestellten Hafentarbeiter wurden um A\$ 8 pro Woche erhöht und um weitere A\$ 4 pro Woche mit Wirkung vom 6. Mai 1973. Die Stundenlöhne der Tagelöhner wurden um 26,67 Cents erhöht und um weitere 13,33 Cents ab 6. Mai 1973. Die Erhöhung der Garantielöhne erfolgt pro Rata.

Die normale Arbeitswoche wird von 40 auf 35 Stunden reduziert. Für die Ableistung der Arbeitszeit gibt es zwei unterschiedliche 3-Schicht-Systeme,

Der Rentenanspruch wurde um 30% erhöht (von A\$ 240 auf A\$ 312 pro Jahr). Die Renten sind dynamisch und werden alle zwei Jahre revidiert werden. Das Rentenkassenbeitragsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde von 60:40 auf 2:1 geändert.

BELGIEN

Neuer Tarifvertrag für Antwerpener Hafenarbeiter

Die der ITF angeschlossene Belgische Transportarbeitergewerkschaft (BTB) hat einen neuen Tarifvertrag für die im Hafen von Antwerpen beschäftigten Arbeiter abgeschlossen, der am 1. Mai 1972 in Kraft trat und für zwei Jahre gilt. Die wichtigsten Einzelheiten sind:

- Erhöhung der Grundlöhne um bfr. 30 ab 1. Mai 1972, und um weitere bfr. 40 ab 1. Mai 1973;
- Arbeitszeit der Lagerhausarbeiter von 42¹/₂ auf 42 Stunden pro Woche reduziert;
- Garantielohn erhöht auf 70 bis 75% des Grundlohnes;
- Jahresendeprämie für 1972 erhöht auf bfr. 25,40 bis bfr. 32,50 pro Schicht, je nach dem Alter der Arbeitnehmer und der Zahl der im Jahre gearbeiteten Schichten;

Für das Jahr 1973 variiert die Jahresendeprämie zwischen bfr. 32,30 und bfr. 40 pro Schicht.

- Pauschalzahlung bei vorzeitigem Rücktritt variiert zwischen bfr. 15.000 im Alter von 60 Jahren und bfr. 9.000 im Alter von 64 Jahren für männliche Arbeitnehmer bzw. 55 und 59 Jahre für weibliche Arbeitnehmer.

Höhere Leistungsprämien für belgisches Autobuspersonal

Der vom Belgischen Transportarbeiterverband (BTB) abgeschlossene Zusatzvertrag zum Kollektivvertrag 1972 sieht folgende Verbesserungen der Leistungsprämien des Autobuspersonals vor: bei Doppelbesetzung von gegenwärtig bfr. 925 auf bfr. 980 pro Monat bzw. bfr. 5,50 pro Stunde; bei Einzelbesetzung von bfr. 6,25 auf bfr. 7,75 pro Stunde. Diese Erhöhungen traten rückwirkend ab 1. April 1972 in Kraft.

KANADA

Quebec: Gewerkschaftsführer im Anschluss an Streik des Personals der öffentlichen Dienste verhaftet

Am 8. Mai wurden in der kanadischen Provinz Quebec drei Gewerkschaftsführer wegen Aufforderung zur Nichtbefolgung gerichtlicher Verfügungen während eines 11-tägigen Streiks von 200.000 Arbeit-

nehmern der öffentlichen Dienste verhaftet, die in Unterstützung ihrer Forderungen auf Erhöhung der Löhne um 8,3% und Beschäftigungsgarantien in den Ausstand traten. Die drei erwähnten Kollegen sind Marcel Pepin (Präsident des Kanadischen Gewerkschaftsbundes), Louis Laberge (Präsident der Gewerkschaftsföderation der Provinz Quebec) und Yvon Charbonneau (Präsident der Lehrervereinigung von Quebec). Sie wurden sämtlich zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Seit der Verurteilung dieser drei Kollegen herrscht unter den Gewerkschaften der Provinz Quebec grosse Unruhe vor. Am 9. Mai wurden die drei wichtigsten Häfen der Provinz (Montreal, Quebec und Three Rivers) stillgelegt, nachdem die der ITF angeschlossene International Longshoremen's Association ihre Mitglieder aufgefordert hatte, in Unterstützung der in Haft befindlichen Gewerkschafter die Arbeit niederzulegen. Auch in anderen Teilen der Provinz gaben Gewerkschafter auf Protestkundgebungen ihrer Solidarität mit den Verurteilten Ausdruck.

GROSSBRITANNIEN

Arbeitskonflikt der Eisenbahner dauert an: Kein Ende in Sicht

Die Verhandlungen zwischen der Verwaltung der Britischen Staatsbahnen und den drei der ITF angeschlossenen britischen Eisenbahnerverbänden NUR, TSSA, und ASLEF während der vom staatlichen Arbeitsgericht angeordneten 14-tägigen Abkühlungsperiode sind ergebnislos ausgelaufen. Das letzte Angebot der Eisenbahnverwaltung war auf Erhöhung der Löhne um 12,5% und Einführung eines Mindestlohnes von £ 20 pro Woche mit Wirkung vom 5. Juni. Die Gewerkschaften fordern, dass diese Zugeständnisse rückwirkend ab 1. Mai in Kraft treten. Am Ende der Abkühlungsperiode beschlossen die Gewerkschaften, mit Wirkung vom 12. Mai erneut "nach Vorschrift" zu arbeiten. Daraufhin ersuchte die Regierung beim staatlichen Arbeitsgericht, die Eisenbahner im Rahmen einer Urabstimmung zu fragen, ob sie bereit seien, das genannte letzte Angebot der Eisenbahnverwaltung anzunehmen oder nicht. Das Gericht erliess eine solche Verfügung und forderte die Gewerkschaften gleichzeitig auf, von weiteren Protestmassnahmen (Arbeit nach Vorschrift usw.) abzusehen, bis das Ergebnis der Urabstimmung vorliegt. Die Gewerkschaften leisteten dieser Aufforderung Folge. Ueber den weiteren Verlauf des Konflikts berichten wir in der nächsten Nummer der ITF-Nachrichten.

Bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für britische Strassentransportfahrer

Der Britische Transportarbeiterverband (TGWU) hat für die Fahrer der verstaatlichten Strassentransportfirma British Road Services (BRS) angehörenden Unternehmen einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der Erhöhungen der Wochengrundlöhne und der pro

Abwesenheitstag vom Standort zahlbaren Unterhaltzulage um je £ 2 ab 15. Mai vorsieht. Die Geschäftsleitung der BRS hat ferner eine einheitliche Regelung über Löhne und Unterhaltzulagen der im internationalen Verkehr tätigen Fahrer zugestimmt. Diese letztere Frage wurde zwecks weiterer Untersuchung an eine besondere Arbeitsgruppe verwiesen. Ferner werden die im Dienste der Paketbeförderung stehenden Fahrer von Fahrzeugen mit Anhängern oder Sattelauflegern mit einem beladenen Gewicht bis zu 19 Tonnen eine Leistungszulage erhalten. Alle Fahrer mit mindestens 2 Jahren ununterbrochener Dienstzeit erhalten ab Januar 1973 3 Wochen bezahlten Urlaub pro Jahr. Ab Januar 1974 wird bereits nach einer einjährigen Dienstzeit Anspruch auf 3 Wochen bezahlten Urlaub bestehen. Die Geschäftsleitung hat versprochen, die Möglichkeit der Gewährung von 4 Wochen bezahlten Urlaub ab 1974 nach Ableistung einer bestimmten Dienstzeit in Erwägung zu ziehen.

Arbeitsniederlegung des Bodenpersonals im Londoner Flughafen Heathrow vermieden

Eine angedrohte 24-stündige Arbeitsniederlegung des im Londoner Flughafen Heathrow beschäftigten BEA- und BOAC-Bodenpersonals ist durch ein erhöhtes Angebot der beiden Unternehmen auf Zahlung einer Teuerungszulage vermieden worden. Die zugestandene Zulage beläuft sich auf £ 1,65 rückwirkend ab 1. Oktober 1971 und weitere 10% des Grundlohnes ab 1. Oktober 1972 bis Ende 1973.

ISRAEL

Seeleutestreik abgesagt

Anfang April drohte der Israelische Seeleuteverband, einen eintägigen Proteststreik gegen die israelische Reederei Zim durchzuführen, nachdem diese Reederei bekanntgegeben hatte, dass sie beabsichtige, zwei neue Containerschiffe unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland zu registrieren. Die genannte Gewerkschaft vertritt die Ansicht, dass alle israelischen Schiffe unter israelischer Flagge registriert sein sollten. Nachdem die Reederei jedoch versprochen hatte, dass alle israelischen Schiffe grundsätzlich mit israelischen Seeleuten bemannt werden würden, zog die Gewerkschaft ihre Streikdrohung zurück. Die Tarifpartner haben die Regierung in einer gemeinsamen Erklärung aufgefordert, einen Paritätischen Schifffahrtsrat zu bilden.

JAPAN

Seeleutestreik dauert an: Landesweite Arbeitsniederlegung der Eisenbahner

Die Mitglieder des der ITF angeschlossenen All-Japanischen Seeleuteverbandes befinden sich noch immer im Streik. Dieser Ausstand

hätte ursprünglich am 5. Mai enden sollen, wurde jedoch bis zum 15. Mai und später erneut bis zum 25. Mai verlängert, da weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern kein befriedigendes Angebot brachten. Am 28. April dehnte die Gewerkschaft die Arbeitsniederlegung ferner auf die Küstenschifffahrt und auf Hochseeautofähren aus (siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 4).

Am 27. April legten die Eisenbahner in allen Teilen Japans, in Unterstützung einer Forderung auf höhere Löhne, für 12 Stunden die Arbeit nieder. Durch diese Aktion wurde der Schienenverkehr in Tokio und vielen anderen japanischen Grossstädten stillgelegt. An dieser Aktion waren 320.000 im Dienste der Staatsbahnen stehende Eisenbahner und 200.000 Privateisenbahner (die auch die Untergrundbahn Tokios bedienen) beteiligt. Besatzungen der Eisenbahn-Autobusse und Eisenbahn-Fähren traten gleichfalls in den Ausstand. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte, nachdem die Privateisenbahner ein Angebot auf Erhöhung der Löhne um 14% angenommen hatten. Später nahmen die bei den Staatsbahnen beschäftigten Arbeitnehmer ein ähnliches Angebot an.

NIEDERLANDE

Neuer Tarifvertrag für Hafentarbeiter

Die der ITF angeschlossene Niederländische Transportarbeitergewerkschaft (NBV) hat für die im Hafen von Rotterdam beschäftigten Arbeiter einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der am 1. März dieses Jahres in Kraft trat. Die Einzelheiten sind wie folgt:

Arbeitszeit: Schichtsystem A -- nur Tagschicht, Montag bis Freitag (40 Stunden pro Woche); Schichtsystem B -- 2 Wochen Tagschicht, 1 Woche Abendschicht plus ein Samstag alle 3 Wochen (40 Stunden pro Woche plus Samstag). Nachtschichten werden nur freiwillig gearbeitet, Sonntagarbeit erfolgt nur in Dringlichkeitsfällen und mit Zustimmung der zuständigen Gewerkschaften und des Hafentarbeitsinspektorats.

Löhne (einschliesslich Reisegeld in Höhe von fl. 5,43 pro Tag und Zulage für unregelmässige Arbeit in Höhe von fl. 2,00 pro Tag):

	<u>wöchentlicher</u> <u>System A</u>	<u>Durchschnitt</u> <u>System B</u>
Hafentarbeiter (Anfangslohn)	fl. 277	fl. 339
Hafentarbeiter (6-12 Monate)	282	345
Hafentarbeiter II (befähigt)	285	348
Hafentarbeiter I (2 Jahre Dienstzeit)	289	354
Gabelheberfahrer (befähigt, nach 1 Jahr)	294	360
Arbeitstruppführer (befähigt, nach 2 Jahren)	307	377
Kranführer (18 Monate)	318	390
Tallymann (befähigt, nach 2 Jahren)	306	377
Vize (Mindestlohn)	314	385
" (Höchstlohn)	402	495

Lebenshaltungskosten: Die Löhne erhöhen sich um 2%, wenn immer die Lebenshaltungskostenziffer um ein Gleiches ansteigt (um maximal 6% für 1972).

Zulagen (Schichtarbeit, Mehrarbeit usw.): Abendschicht 30 %, Nachtschicht 45 %, Samstagsarbeit 50 % und Sonntagsarbeit 100 %; Arbeit an öffentlichen Feiertagen 200 %; Zulage für Abfertigung bestimmter Ladungen 10 bis 20%.

Bezahlter Urlaub: 3 Wochen und 4 Tage plus ein weiterer Tag für 15 Dienstjahre, 2 weitere Tage für 25 Dienstjahre und 3 weitere Tage nach 30 Dienstjahren oder ein weiterer Tag (ungeachtet der Dienstzeit) nach Erreichen des 55. Lebensjahres. Das Urlaubsgeld beläuft sich auf den Lohn für 3,8 Wochen. Ferner erfolgen Prämienzahlungen im April/Mai (2 Wochenlöhne) und zu Weihnachten (1 Wochenlohn). Diese Wochenlöhne stützen sich auf 10 Stundenlöhne pro Tag, und nicht auf den normalen 8-Stunden-Arbeitstag.

USA

Staatliche Lohnbehörde reduziert Erhöhung für Hafendarbeiter der Ostküste

Die Lohnbehörde der amerikanischen Regierung hat eine Reduzierung der Lohnerhöhungen angeordnet, die zwischen der Gewerkschaft der an der Ostküste der USA beschäftigten Arbeiter und den zuständigen Arbeitgebern am Ende eines langen Streiks vereinbart wurden. (Vorigen Monat legten 4 Arbeitnehmermitglieder der Lohnbehörde ihr Amt nieder, nachdem beschlossen worden war, die den Hafendarbeitern der Westküste zugesprochenen Lohnerhöhungen zu reduzieren.) Beide Tarifpartner (der Hafendarbeiterverband IIA und die Vereinigung der Reeder der Nordatlantikküste) haben die staatliche Lohnbehörde aufgefordert, der vereinbarten Erhöhung zuzustimmen. Die von der Behörde vorgenommenen Reduzierungen variieren zwischen 9,8% und 12%.

KURZMELDUNGEN

Die im Dienste der BEA stehenden Piloten haben ihre "Arbeit nach Vorschrift" eingestellt, um das Ergebnis weiterer Verhandlungen zwischen BEA und der Britischen Pilotenvereinigung (BALPA) unter dem Vorsitz des ehemaligen Generalsekretärs des Britischen Gewerkschaftsbundes, George Woodcock, abzuwarten. 21 Piloten, die von der BEA entlassen wurden, weil sie sich weigerten, einen Ausbildungskurs für Dienst auf Flugzeugen des Typs Trident 1E mitzumachen, solange keine Einigung über die einschlägigen Arbeits-

bedingungen erzielt worden ist, haben die BEA wegen unberechtigter Entlassung verklagt. Der Oberste Gerichtshof hat der BEA befohlen, diese Piloten für 14 Tage wieder einzustellen, falls sie sich bereiterklären, Flugdienst auf der Trident 1E zu leisten, während die Verhandlungen andauern.

Die Mindestlöhne der in den beiden öffentlichen Verkehrsdiensten Maltas beschäftigten Arbeitnehmer wurden mit Wirkung vom 10. April wie folgt erhöht: Fahrer -- £ 8 pro Woche; Kontrolleure -- £ 7,75 pro Woche und Schaffner -- £ 7,25 pro Woche.

Die Massachusetts Commission gegen Diskriminierung hat entschieden, dass die von Northeast Airlines (USA) zwischen August 1965 und August 1970 wegen Schwangerschaft entlassenen Stewardessen das Recht haben, sich erneut um Flugdienst zu bewerben, und die Gesellschaft solchen Bewerbern den Vorrang geben soll, falls Flugstewardessen-Arbeitsplätze frei werden.

Der Uruguayische Gewerkschaftsbund brachte am 19. April als Protest gegen die tödliche Verletzung von sieben Gewerkschaftern bei Zusammenstößen mit Angehörigen der Streitkräfte, gegen die Verhaftung zahlreicher Gewerkschafter und dem von der Regierung angeordneten 30-tägigem Ausnahmezustand einen 24-stündigen Generalstreik zur Durchführung.

Das Bodenpersonal der Pariser Flughäfen Orly und Le Bourget streikte am 4. Mai in Unterstützung seiner Forderungen auf höhere Löhne. Der Streik verursachte beachtliche Störungen des Flugverkehrs.

PERSONALIEN

Hans Rasmussen ist als Nachfolger des verstorbenen Kollegen Otto Bremner zum Präsidenten des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) gewählt worden.

Anton Proksch, früherer Generalsekretär des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes und ehemaliger Sozialminister, feierte am 21. April seinen 75. Geburtstag.

Jon Sigurdsson, Präsident der Israelischen Seeleute-Föderation, feierte am 12. Mai seinen 70. Geburtstag.

Berndt Uula (Johansson), Sekretär des Finnischen Seeleuteverbandes, feierte am 16. Mai seinen 60. Geburtstag.

Arvo Heiniö, Vizepräsident des Finnischen Seeleuteverbandes seit 1968, ist im Alter von 62 Jahren in den Ruhestand getreten.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

- | | |
|---|---------------------------------|
| ITF-Unterausschuss über Sicherheit der Fischer und Fischereifahrzeuge | - Oslo, 19.-20. Juni 1972 |
| Geschäftsführender Ausschuss der ITF | - Nürnberg, 16. September 1972 |
| Konferenz der europäischen Mitgliedsverbände | - Salzburg, 9.-10. Oktober 1972 |
| Geschäftsführender Ausschuss der ITF | - London, 30. Oktober 1972 |
| Vorstand der ITF | - London, 30.-31. Oktober 1972 |

WEITERE AUSKUNFTE UEBER DIE
IN DIESER NUMMER ENTHALTENEN
MITTEILUNGEN SIND VOM SEKRE-
TARIAT AUF ANFRAGE ERHAELTLICH.

Anhang zu ITF-Nachrichten Nr. 5/1972

SITZUNG DES ITF-VORSTANDES VOM 3. - 5. MAI 1972 IN VALETTA

Der Vorstand der ITF tagte in Valetta vom 3. bis 5. Mai 1972. Anwesend waren: F. Prechtl (Präsident), H. Aasarød, A. Ayoub, G. J. H. Alink, J. R. Baiden, D. S. Beattie, J. Buonaccorsi, W. Cassiers, J. Elliott, L. Gallardo R., C. Melgarejo, R. S. Oca, D. N. Secord, E. Svensson, Y. Yagol, C. H. Blyth (Generalsekretär) sowie Harold Lewis (Stellvertretender Generalsekretär).

Die Kollegen H. Kluncker (Vizepräsident), S. F. Greene, J. L. Jones, K. Kihata, W. Meier, W. C. Y. McGregor und Ph. Seibert waren nicht in der Lage, an der Sitzung teilzunehmen.

Den Vorsitz führte F. Prechtl (Präsident).

Beziehungen zu Internationalen Organisationen

Der Generalsekretär, Charles Blyth, teilte mit, dass die ITF weiterhin Druck auf die IAO ausgeübt habe, um diese zur Einberufung von Industrieausschuss-Sitzungen zu bewegen. Die Regierung der USA habe nunmehr eine Beitragszahlung in Höhe von US\$ 7,6 Millionen an die IAO gutgeheissen. Daraufhin habe ihm der Generaldirektor der IAO sofort mitgeteilt, dass sich die Einberufung einer Sitzung der Paritätischen Schifffahrtskommission in der zweiten Hälfte dieses Jahres sehr wohl als möglich erweisen könnte, und dass der Tagungskalender der übrigen Industrieausschüsse bei frühester Gelegenheit revidiert werden werde.

31. Kongress der ITF

Der Generalsekretär teilte mit, dass die schwedischen Mitgliedsverbände die ITF eingeladen haben, den ITF-Kongress 1974 in Stockholm abzuhalten. Als voraussichtlicher Kongresstermin sei Anfang August 1974 vorgesehen. Der Vorstand beschloss einstimmig, die Einladung des ITF-Kongresses 1974 nach Stockholm anzunehmen.

Kooptierung eines neuen Vorstandsmitgliedes

Der Vorstand beschloss, den Kollegen Y. Woschina als Nachfolger des Kollegen Y. Yagol zum Mitglied des ITF-Vorstandes zu kooptieren.

Ansuchen um Beitritt

Der Vorstand befürwortete, abhängig von der befriedigenden Erledigung der noch ausstehenden Formalitäten, die Annahme der Beitrittsgesuche der nachstehend angeführten Organisationen:

- Bond van Haven en Loodsboot Personeel (Curaçao)
- Sindicato de Colectivos Litoral (Bolivien)
- Singapore Organisation of Seamen (Singapur)
- Sindicato de Choferes Asalariados '1 de Mayo' (Bolivien)

Ansuchen um Aufhebung der Suspendierung der Mitgliedschaft zweier griechischer Gewerkschaften zur ITF

Der Vorstand beschloss, dass die Haltung der ITF gegenüber den suspendierten griechischen Gewerkschaften unverändert bleiben solle, solange kein fester Beweis dafür vorliege, dass es diesen Verbänden möglich ist, sich so frei zu betätigen, wie dies die Mitgliedschaft zur ITF bedingt.

Dank an die maltesischen Gewerkschaften

Auf Anregung des Kollegen Oca bekundete der Vorstand seinen Dank für die ihm seitens der General Workers' Union of Malta zuteil gewordene Gastfreundschaft durch die Annahme einer geeigneten Entschliessung.

Der Vorstand beschloss, seine nächste Sitzung am 14. und 15. November in London abzuhalten.